

Brandenburg. Besser. Machen.

***Regierungsprogramm der CDU Brandenburg
für die 6. Wahlperiode des Landtages 2014 – 2019***



***Antrag an den 29. Landesparteitag –
Einstimmiger Beschluss des Landesvorstandes
Potsdam, 15. Mai 2014***

BRANDENBURG.BESSER.MACHEN.

Regierungsprogramm der CDU Brandenburg
für die 6. Wahlperiode des Landtages 2014 – 2019

	Seite
I. Ein Land – Eine Zukunft	3
Demografie, Gesundheit, Strukturen, Mobilität	
II. Arbeit und Wohlstand für unsere Heimat	6
Wirtschaft, Arbeit, Energie, Landwirtschaft, Naturschutz	
III. Mit Sicherheit besser leben	11
Innere Sicherheit, Recht, Justiz, Verwaltung	
IV. Wissen schafft Chancen	13
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur	
V. Verantwortung für das Leben	15
Familie, Fürsorge, Ehrenamt, Sport	

Brandenburg besser machen

Wir Brandenburger sind stolz auf unser Heimatland. Gemeinsam haben wir Brandenburg vorangebracht – im Großen und im Kleinen, als Arbeitnehmer, Angestellte, Unternehmer, Handwerker, Beamte und Freiberufler. Mit gesellschaftlichem und sozialem Engagement, durch Zusammenhalt, Familiensinn und Heimatgefühl, mit Fleiß und Kreativität wurde Brandenburg zu einem lebens- und liebenswerten Land – zu unserer Heimat. Gleichzeitig stehen wir wegen des bereits heute spürbaren Bevölkerungsrückgangs vor großen Herausforderungen. Viele Brandenburger fragen sich:

- Wie wird unser Land in den Jahren 2020 oder 2030 aussehen?
- Was können, was müssen und was wollen wir uns noch leisten, wenn nur noch gut zwei Millionen Menschen in Brandenburg leben und auch die Haushaltslage immer schwieriger wird?
- Welche Folgen hat es, wenn die Hälfte der Menschen auf 15 Prozent der Landesfläche rund um Berlin leben und arbeiten?

Trotz dieser Herausforderungen erwarten wir Brandenburger zu Recht,

- dass die Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgt und schnell zur Stelle ist, wenn sie gebraucht wird.
- dass unsere Kinder eine wohnortnahe, verlässliche Schulbildung erhalten und ein hohes Bildungsniveau garantiert wird.
- dass Wirtschaft und Wissenschaft so gefördert werden, dass Wachstum und Innovationen und damit Arbeitsplätze und Wohlstand entstehen.
- dass die Straßen in einem guten Zustand bleiben, gute Zugverbindungen bestehen und schnelles Internet überall im Land verfügbar ist.

Und wir erwarten vor allem, dass sich die grundlegenden Lebensbedingungen in den Regionen fernab der Hauptstadt nicht verschlechtern.

Die CDU Brandenburg setzt auf Freiheit, Kreativität und Eigenverantwortung. Nur so können Wachstum und Beschäftigung gefördert werden. Wir stehen für klare Prioritäten und Seriosität in der Finanzpolitik. Wir unterstützen und helfen dort, wo der Einzelne auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen ist. Wir wollen über den Tag hinaus denken, Ideen für Brandenburg entwickeln und zum Wohle des ganzen Landes umsetzen.

Brandenburg liegt im Herzen Europas und ist besonders mit unserem Nachbarland Polen eng verbunden. Die CDU Brandenburg ist sich der Bedeutung dieser Beziehungen insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht bewusst. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren weiter ausbauen.

Brandenburg braucht neue Impulse und vor allem eine Regierung, die das Land gemeinsam mit den Bürgern gestaltet. Christliche Werte leiten unser Handeln und sind unser Ansporn für eine respektvolle, solidarische und auf die Erhaltung der Schöpfung ausgerichtete Politik. Mit unseren Prinzipien werden wir Verantwortung übernehmen. Gemeinsam mit und für die Menschen in unserem Land werden wir Brandenburg besser machen.

I. Ein Land – Eine Zukunft

Brandenburg, das sind historisch gewachsene und lebendige Dörfer und Städte. Es ist ein Land blühender Felder und Alleen, traditioneller Industrie und des Handwerks. Aber Tatsache ist, dass sich Brandenburg in den kommenden Jahren deutlich verändern wird. Nach Prognosen sinkt bis zum Jahr 2030 nicht nur die Einwohnerzahl, sondern es wird auch die Hälfte aller Brandenburger auf 15 Prozent der Landesfläche leben. Der demografische Wandel ist eine generationsübergreifende Aufgabe. Weite Schulwege, schlechte Straßen und zu wenig Ärzte sind Probleme, die wir angehen und lösen müssen. Wir wollen, dass in allen Dörfern und Städten lebenswerte Bedingungen erhalten bleiben. Dabei kann es nur um Gleichwertigkeit und nicht um Gleichheit gehen. Wichtig für die Zukunft auf dem Land ist vor allem, dass die junge Generation dort eine lebenswerte Perspektive sieht.

Demografie-Ministerium und Zukunftswerkstatt

Weil der demografische Wandel entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist, muss er auch in der Politik an erster Stelle stehen. Wir werden deshalb die Strukturen in der Landesregierung überprüfen. Alle Ressorts müssen auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang wollen wir die wichtigsten Zuständigkeiten in einem bereits heute bestehenden Ministerium bündeln. Dieses Demografie-Ministerium soll eng mit den kommunalen Spitzenverbänden kooperieren, wissenschaftliche Expertisen heranziehen und ständiger Ansprechpartner für die Gemeinden, Städte und Landkreise sein.

Im Verantwortungsbereich des Demografie-Ministeriums werden wir mit einer „Zukunftswerkstatt“ kreative Ideen, konkrete Lösungsvorschläge und Beispiele aus der Praxis hinsichtlich ihrer weiteren Anwendungsmöglichkeiten diskutieren und umsetzen.

Gesundheitliche Versorgung

Bereits heute ist die flächendeckende medizinische Versorgung in einzelnen Regionen unseres Landes gefährdet. Damit ausreichend Ärzte, Krankenschwestern und Pflegepersonal zur Verfügung stehen, müssen alle Chancen der Zusammenarbeit verantwortlicher Akteure durch politische Unterstützung gewährleistet werden. Die CDU Brandenburg setzt sich seit langem für ein vom Land zentral organisiertes Stipendiensystem für Medizinstudenten ein. Damit sollen junge Studenten eine finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach dem Abschluss als Arzt dort zu arbeiten, wo sie dringend gebraucht werden. Dieses, auf Landkreisebene bereits erfolgreiche System, werden wir umgehend landesweit einführen. Weiterhin unterstützen wir Initiativen zur Gründung einer privaten medizinischen Fakultät in Brandenburg und eine bessere Kooperation mit Berlin bei der Mediziner Ausbildung.

Wir stehen für die Stabilisierung der Krankenhausfinanzierung und die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Neue Modelle zur engeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung werden wir gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitssystem initiieren. Dazu wollen wir zum Beispiel eine ehrenamtliche Basishilfeleistungsstruktur entwickeln. Brandenburg soll sich zur Vorzeige-Region für eine demografiefeste gute gesundheitliche Versorgung etablieren.

Pflege

Die Absicherung der Pflege ist eine zentrale Aufgabe, weil die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in den nächsten Jahren kontinuierlich wächst. Für die CDU Brandenburg gilt der Grundsatz ambulant vor stationär und deshalb unterstützen wir beispielsweise Initiativen wie Seniorenwohngemeinschaften.

Wir wollen den Pflegeberuf aufwerten, eine bedarfsgerechte Ausbildung des zusätzlich benötigten Pflegepersonals sicherstellen und uns für eine bessere Bezahlung einsetzen. Gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden wir die Möglichkeiten einer Pflegekammer diskutieren.

Landschulen für Brandenburg

Wir wollen unsere Schulstandorte erhalten und durch Landschulen die Schulwege und Fahrzeiten zumutbar gestalten – überall in Brandenburg. Der Schulbesuch darf nicht vom Wohnort, dem Einkommen oder der sozialen Stellung der Familien abhängen. Wir wollen es allen Grundschulen bei Bedarf ermöglichen, das Modell der Kleinen Grundschule anzuwenden, bei dem auch Jahrgänge zusammen unterrichtet werden können. Auch ein Zusammenschluss von Grundschule und Oberschule oder Schulverbünde können Bausteine zur Sicherung der Schulstandorte sein.

Kostenlose Schülerbeförderung für alle Schüler

Schulpflicht bedeutet für uns auch, dass der Weg zur Schule nicht von der finanziellen Lage der Eltern abhängen darf. Deshalb werden wir jedem Schüler in Brandenburg die kostenlose Fahrt zur Schule und wieder nach Hause ermöglichen. Damit werden nicht nur Schüler und Eltern entlastet, sondern auch die Verkehrssicherheit auf den Schulwegen erhöht und der ÖPNV gestärkt.

Mobilitätskonzept entwickeln, Tourismus stärken

Die Brandenburger müssen im Bundesvergleich am weitesten zu ihrer Arbeitsstelle pendeln, allerdings mit unterschiedlichen Bedürfnissen im Personennahverkehr. Während in der Fläche die Passagierzahlen sinken, sind viele Züge in der Hauptstadtregion bereits heute überfüllt. Darauf müssen neue Antworten gefunden werden. Wir werden ein Mobilitätskonzept erarbeiten, das auch in Zukunft einen leistungsfähigen Personennahverkehr in Brandenburg gewährleistet und den regional unterschiedlichen Anforderungen Rechnung trägt. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von Pendlerparkplätzen, mehr Park&Ride-Angebote, größere Kapazitäten in den täglich überfüllten Regionalzügen und die Prüfung von S-Bahn-Verlängerungen.

Unser Ziel ist es, die Ober- und Mittelzentren des Landes schneller mit Berlin zu verbinden. Angestrebt wird, dass die Metropole Berlin zukünftig aus allen Mittelzentren des Landes in maximal 90 Minuten, aus allen Oberzentren in maximal 60 Minuten und aus Mittelzentren des Berliner Umlandes in maximal 30 Minuten erreicht werden kann.

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auch und gerade für ländliche Regionen. Die vorhandenen Strukturen werden wir unterstützen und weitere Potenziale erschließen und fördern. Dazu wollen wir die Wander-, Reit- und Fahrradwegenetze verbessern und die Naturparkregionen stärken. Das gilt auch für den Wassertourismus, der eine herausragende Bedeutung für die touristische Entwicklung unseres Landes hat. Die Impulse der Bundesgartenschau in der Havelregion und der ersten Landesausstellung in Brandenburg sollen im Sinne einer nachhaltigen Stärkung des Tourismus genutzt werden. Die Attraktivität

Brandenburgs für Touristen aus aller Welt wird durch belebte Innenstädte gesteigert. Hier spielt der Handel eine wichtige Rolle. Wir werden uns zusammen mit allen Partnern des Einzelhandels über Anpassungen der Ladenöffnungszeiten zwischen Brandenburg und Berlin verständigen. Wünschenswert wäre es, unsere aktuelle Bäderregelung mit denen anderer Länder in Einklang zu bringen, um dem Brandenburger Handel zu ermöglichen, von der Kaufkraft der Touristen zu profitieren.

Gute Straßen im ganzen Land

Der Zustand der Landesstraßen hat sich in den vergangenen Jahren drastisch verschlechtert, weil die rot-rote Landesregierung seit 2009 rund zwei Drittel der entsprechenden Mittel gestrichen hat. Langfristig müssen und werden wir deshalb jährlich mindestens 50 Millionen Euro mehr in den Erhalt unserer Straßeninfrastruktur investieren als heute. Wir werden uns dabei am tatsächlichen Bedarf eines guten Erhaltungszustandes unserer Straßen orientieren. Darüber hinaus müssen auch die Instrumente der Europäischen Union konsequent genutzt und zielgerichtet eingesetzt werden. Insbesondere neue Programme – wie die Infrastrukturförderung „Connecting Europe“ – bieten Chancen, die wir nutzen werden. Den weiteren Verschleiß unserer Straßen, Brücken und Radwege akzeptieren wir nicht.

Den Erlass zur Einführung eines Tempo-70-Limits auf Alleen und Straßen mit dichtem Baumbestand werden wir zurücknehmen und die zuvor gültige Regelung wieder in Kraft setzen. Nur an ausgewiesenen Unfallschwerpunkten sollen weitergehende Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

Umgang mit Volksinitiativen und Beteiligungsmöglichkeiten

Wir nehmen die Meinungen der Brandenburger ernst. Überaus kritisch bewerten wir deshalb den Umgang der rot-roten Landesregierung mit Volksinitiativen oder Volksbegehren, beispielsweise zu den Musikschulen, zur Polizeireform oder zum Nachtflugverbot. Oft wurden die Ziele der Initiatoren nur aus taktischen Gründen angenommen, ohne den tatsächlichen Willen, sie umzusetzen. Dies ist kein ehrlicher Umgang mit direkter Demokratie. Wir wollen deshalb bessere Kontrollmöglichkeiten für die Initiatoren prüfen – beispielsweise durch Anrufung des Landesverfassungsgerichts. So kann festgestellt werden, ob ein Auftrag des Landtages im Sinne einer Volksinitiative tatsächlich umgesetzt wurde.

Unsere Heimat muss gerade für die junge Generation attraktiv bleiben. Damit sich junge Menschen mit Brandenburg identifizieren, müssen sie frühzeitig die Möglichkeit erhalten, ihre Angelegenheiten aktiv mitzugestalten. Dafür sollen die Beteiligungsrechte gestärkt werden, beispielsweise durch die Unterstützung von Jugendparlamenten.

Verwaltungsreform

Wir stellen uns der Aufgabe, die Strukturen in Brandenburg zukunftsfest zu machen. Während die Landesverwaltung ertüchtigt werden muss, ihre Aufgaben auch mit weniger Mitarbeitern zuverlässig zu erfüllen, muss sich die kommunale Ebene auf den demografischen Wandel einstellen. Eine Verwaltungsreform ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer leistungsfähigen Verwaltung. Wir werden dazu eine offene Debatte führen und die notwendigen Entscheidungen treffen. Wir garantieren, dass eine Funktionalreform gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden erarbeitet und nicht aus

Potsdam angeordnet wird. Wir erteilen dem Verwaltungszentralismus eine Absage und wollen die Kompetenzen der Kommunen stärken. Von den gewachsenen regionalen Identitäten lebt unser Land Brandenburg. Deshalb lehnen wir die Schaffung anonymer Großkreise und identitätsloser Zentralgemeinden ab.

Nicht alle Behörden und Einrichtungen des Landes sollen sich in und um Potsdam konzentrieren. Wir wollen bei zukünftigen Standortentscheidungen zugunsten der ländlichen Gebiete die gleichberechtigte Bedeutung aller Regionen zum Ausdruck bringen. Leitstellen, Schulverwaltungen, Polizei- und Planungsbehörden sollen nicht weiter in Potsdam konzentriert werden, sondern sich auch in den Regionen Brandenburgs wiederfinden.

Wir haben Vertrauen in unsere Landkreise, Städte und Gemeinden. Alles was vor Ort am besten beurteilt und entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden. Deshalb wollen wir alle landesgesetzlichen Normen, Standards und Pflichten überprüfen. Dort wo Flexibilisierungen und Vereinfachungen möglich sind, werden wir dies auch umsetzen.

Leistungsfähiges Internet

Mindestens genauso wichtig wie gute Verkehrsanbindungen ist ein leistungsstarkes, schnelles Internet. Ohne vernünftige Datenverbindungen ist eine positive Entwicklung nicht möglich. Entgegen vollmundiger Versprechen gibt es noch immer viele Regionen, die regelrecht abgekoppelt sind. In enger Abstimmung mit dem Bund wollen wir so schnell wie möglich eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen. Die Ziele der Digitalisierungsoffensive der Bundesregierung wollen wir für alle Regionen Brandenburgs erreichen. Die Finanzierung des Ausbaus der Breitbandversorgung ist über den Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) möglich und muss in Anspruch genommen werden.

II. Arbeit und Wohlstand für unsere Heimat

Die soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass. Eigenverantwortung, Leistung und Wettbewerb auf der einen und soziale Gerechtigkeit, Fürsorge und Solidarität auf der anderen Seite sind dabei tragende Säulen.

Die vergangenen Jahre waren für unsere Unternehmen nicht leicht. Abgaben wurden erhöht, Bürokratie verschärft und wirtschaftliche Betätigungsfelder der öffentlichen Hand erweitert. Zudem fehlt es an einer zielgerichteten Industrie- und Wirtschaftspolitik. Damit sich das ändert, setzt die CDU Brandenburg auf wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist dabei die beste Wirtschaftsförderung. Davon profitieren Tag für Tag Unternehmen, Investoren und alle Menschen, die in der Region leben und arbeiten.

Meistergründungsprämie

Handwerk hat nicht nur goldenen Boden, sondern ist auch eine starke Säule unserer Wirtschaft. Mit dem Instrument einer Meistergründungsprämie werden wir den Schritt in die Selbständigkeit für Handwerksmeister fördern. Gerade für junge Unternehmer und Existenzgründer sind die von uns geplanten 7.500 Euro eine gute Starthilfe. In Brandenburg könnten auf diese Weise jährlich rund 500 Handwerker unterstützt werden.

Vergabegesetz

Wir werden das Vergabegesetz und die Kommunalverfassung auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit prüfen und so ändern, dass vergabefremde Kriterien und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Mindestlohn

Wir unterstützen die Pläne der Bundesregierung zur Einführung eines allgemeinen verbindlichen Mindestlohnes, um ein angemessenes Mindesteinkommen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherzustellen.

Solider Brandenburger Haushalt

Ein solider Haushalt ist die Grundlage für eine positive Entwicklung Brandenburgs – heute, aber vor allem in den nächsten Jahren. Deshalb stehen wir ohne Wenn und Aber zur Schuldenbremse, die wir auch in der Landesverfassung verankern wollen. Ein Grundprinzip unserer Finanzpolitik ist die Seriosität. Abenteuerliche Investitionen in Steueroasen und risikoreiche Spekulationsgeschäfte wird es mit uns nicht geben.

Förderpolitik

Die Förderpolitik des Landes werden wir kontinuierlich überprüfen und gegebenenfalls anpassen, dazu gehört auch die Evaluierung staatlicher Institutionen. Angesichts der Tatsache, dass das Land Brandenburg in der EU-Förderperiode 2014-2020 rund eine Milliarde Euro weniger aus den Europäischen Strukturfonds erhält (2,3 Mrd. Euro), ist es dringend notwendig, endlich eine klare Priorität auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu setzen und entsprechende Programme aufzulegen. Für Fördermittel der Europäischen Union und des Bundes muss die jeweils notwendige Kofinanzierung durch das Land bereitgestellt werden. Die Regionalen Wachstumskerne bleiben für uns ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftsförderung in Brandenburg. Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden soll in Zukunft intensiviert und weiter ausgebaut werden.

Mittelstandsförderungsgesetz

Gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und -verbänden werden wir ein neues Mittelstandsförderungsgesetz erarbeiten, das unter anderem Bürokratie abbaut, indem es überflüssige Vorschriften, Statistiken und Standards reduziert und Unternehmen spürbar entlastet.

Arbeitsmarkt-Förderprogramme neu ausrichten

Krisenfeste und gut bezahlte Arbeitsplätze bieten berufliche und finanzielle Sicherheit. Im Gegensatz zu den vergangenen zwei Jahrzehnten gibt es statt eines Überangebotes jedoch einen immer stärker ansteigenden Bedarf an Fachkräften. Ob in der Pflege, im Handwerk oder in großen Unternehmen – der Ruf nach gut qualifiziertem Personal oder Auszubildenden wird in fast allen Branchen lauter. Trotzdem wird immer noch viel Geld für arbeitsmarktpolitische Programme eingesetzt, die sich an fehlenden Arbeitsplätzen orientieren und damit oftmals ihre Wirkung verfehlen. Wir wollen eine regionale und kontrollierbare Ausrichtung der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die sich daran orientiert, in welcher Region künftig wie viele und vor allem welche Arbeitskräfte fehlen.

Fachkräfte und Unternehmensnachfolge

Brandenburger Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, die dringend benötigten Fachkräfte ausbilden zu können. Dazu werden wir ein klares Praktikumskonzept einführen, das ab der 7. Klasse regelmäßige Einblicke in Unternehmensabläufe und Berufsbilder vermittelt. Darüber hinaus müssen wir Rückkehrer und neue Fachkräfte noch stärker für ein Engagement in Brandenburg begeistern, um das drängende Thema der Unternehmensnachfolge anzugehen. Dazu sollen Wissen und Knowhow zur Unternehmensnachfolge gebündelt werden.

Vernetzung von Hoch- und Berufsschulen mit Unternehmen

Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen werden wir besser koordinieren und unterstützen. Frühzeitige Kontakte führen zu einer stärkeren Verwurzelung junger Akademiker und erhöhen die Chancen, dass Absolventen dauerhaft als Arbeitskräfte in unserer Regionen bleiben. Wir wollen das Erfolgsmodell der Dualen Ausbildung stärken. Dazu wollen wir Berufsschulen stärker in das Blickfeld der Aus- und Weiterbildung rücken, mit qualifizierten Lehrkräften verstärken und die Investitionen in Bildung, Qualifizierung, Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung erhöhen.

Innovationsstandort Brandenburg stärken

Produktion, Forschung und Entwicklung gehören zusammen und an einen Standort – Brandenburg darf nicht weiter eine verlängerte Werkbank sein. Deshalb muss die Forschung an den Hochschulen und die Förderung durch das Land besser an die Bedürfnisse der Brandenburger Unternehmen angepasst werden. Das gilt insbesondere für den forschungsintensiven Mittelstand, der als Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft gestärkt werden muss.

In diesem Zusammenhang muss auch sichergestellt werden, dass sich Brandenburg aktiv um Mittel aus dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ bemüht und die Kooperation mit den Nachbarländern in industriepolitischen Fragen intensiviert wird.

Rückkehrer gewinnen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben viele Brandenburger ihre Heimat verlassen, weil Berufs- und Beschäftigungsperspektiven anderswo attraktiver für sie waren. Die CDU Brandenburg hat sich deshalb als erste Partei mit einem eigenen Konzept intensiv darum bemüht, ehemaligen Brandenburgern die Rückkehr mit konkreten Ansprechpartnern und entsprechenden Angeboten so leicht wie möglich zu machen. Die von der Landesregierung seitdem eingesetzten Mittel reichen nicht aus. Deshalb werden wir die notwendigen Maßnahmen intensivieren.

Freie Berufe

Freie Berufe verkörpern einen wichtigen Teil der Sozialen Marktwirtschaft. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich funktionieren. Deshalb schützen und unterstützen wir die freiberuflich Tätigen und ihre berufsständischen Kammern.

Entlastung und Flexibilität

Wir wollen Bürokratie abbauen. Dafür sollen Verfallsdaten für Gesetze gelten, EU-Vorgaben ohne Draufsatteln 1:1 in Landesrecht umgesetzt werden und die bisher unsichtbare Normenprüfstelle des Landes tatsächlich die Verträglichkeit von neuen Vorschriften für unsere Wirtschaft kontrollieren.

Flughafen BER

Nach den chaotischen und beschämenden Entwicklungen beim Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg braucht es dringend Wahrheit, Klarheit und Transparenz. Nur unter diesen Voraussetzungen sind wir bereit, zusätzliches Steuergeld für den Flughafen freizugeben. Kosten, Bauplanung und Eröffnungstermin müssen seriös bestimmt und die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Die positive Entwicklung auf dem Luftverkehrsmarkt birgt große Chancen für unsere heimische Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für einen leistungsfähigen Flughafen Berlin-Brandenburg ein. Ein milliardenschweres, steuerfinanziertes Projekt muss in absehbarer Zeit wirtschaftlich betrieben werden und ohne staatliche Subventionen auskommen. Es muss daher alles getan werden, damit der BER schnellstmöglich in Betrieb gehen, wirtschaftlich arbeiten und die gesamte Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg von dem größten Infrastrukturprojekt in den neuen Bundesländern profitieren kann. Deshalb wollen wir mehr Kompetenz im Flughafen-Aufsichtsrat. Die Gesellschafter Berlin und Brandenburg sowie der Bund sollen zwar weiterhin Mitglieder in den BER-Aufsichtsrat entsenden, die entscheidenden Positionen sollen aber von Fachleuten mit wirtschaftlichem und technischem Sachverstand besetzt werden.

Der zugesagte und gerichtlich festgestellte Schallschutz für die Anwohner muss unverzüglich umgesetzt werden. Wir setzen uns weiterhin für eine aktive Bürgerbeteiligung ein, um die Akzeptanz des Flughafens in der Region zu stärken.

Energiepolitik

Brandenburg ist eine der Regionen mit den höchsten Energiepreisen. Darunter leiden nicht nur private Haushalte sondern auch unsere Unternehmen. Unser erklärtes Ziel ist es deshalb, dass die Energiepreise nicht weiter steigen. Dafür müssen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Akzeptanz und Klimaschutz wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Brandenburg braucht eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Effizienzsteigerungen, Einsparpotenziale und leistungsfähige Netze sind dafür Grundvoraussetzungen. Wir setzen auf ergebnisoffene Diskussionen, die keine technologischen Möglichkeiten ausschließen. Beim Ausbau der erneuerbaren Energieformen wie Biomasse, Geothermie, Windkraft und Solarenergie werden wir wirtschaftliche und energiepolitische Interessen nicht gegen die Lebensbedingungen der Bürger ausspielen. Akzeptanz und Transparenz sind für uns ein wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses. So werden wir beispielsweise einen Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohnsiedlungen verankern, der sich an der Bauhöhe der Windkrafträder orientiert. Ein denkbarer Abstandsfaktor von 10 würde bedeuten, dass ein Windkraftträd mit einer Nabenhöhe von 250 m mindestens 2.500 m von der nächstliegenden Wohnbebauung entfernt sein muss. An der Regionalplanung sollen künftig alle betroffenen Gemeinden beteiligt werden.

Für einen ausgewogenen Energiemix ist der Energieträger Braunkohle unverzichtbar. Investitionen in den Kraftwerkspark, Förderung der Braunkohleforschung aber auch

der respektvolle Umgang mit den vom Tagebau betroffenen Gemeinden sind dabei wichtige Punkte.

Gemeinsam mit den Bürgern und den Unternehmen in der Region sowie in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen wollen wir ein langfristig ausgerichtetes Strukturkonzept für die Lausitz erarbeiten, das vernünftige Zukunftsperspektiven eröffnet.

Für eine saubere Spree

Die bergbaubedingten Ursachen für die Braunfärbung der Spree durch die sogenannte „Verockerung“ müssen durch konsequentes Handeln aller Verantwortlichen reduziert werden. Die bereits geplanten Maßnahmen werden wir deshalb zielstrebig umsetzen und weiter verstärken. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen ein, um die Herausforderungen gemeinsam zu lösen. Wir wollen perspektivisch einen länderübergreifenden Verband einrichten, der sich insbesondere mit der bergbaubedingten Gewässerunterhaltung und dem Wassermanagement befasst.

Landwirtschaft

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft prägen seit Jahrhunderten das Erscheinungsbild Brandenburgs und sind bis heute bedeutende Wirtschaftsfaktoren, von der Uckermark bis zur Lausitz, vom Oderbruch bis ins Havelland. Wir wollen Vielfalt und unterstützen alle Betriebe – ob groß oder klein, als Genossenschaft oder als Familienbetrieb, ob konventionell oder ökologisch wirtschaftend, im Haupt- oder Nebenerwerb.

Wir setzen auf eine bäuerlich-mittelständische Landwirtschaft, in der die Betriebe ortsansässigen Landwirten gehören und von ihnen geführt werden. Sie sind in der Region verwurzelt und gestalten das gesellschaftliche Leben. Wir werden durch eine Änderung des Grundstücksverkehrsrechtes verhindern, dass auswärtige Investoren den ländlichen Gebieten Einkommen und Wertschöpfung entziehen und diese traditionellen Strukturen gefährden.

Wald- und Forstwirtschaft

Die rund 1,1 Millionen Hektar Wald prägen nicht nur das Landschaftsbild in Brandenburg, sondern sind auch ein wichtiger Natur- und Wirtschaftsraum, den es ökologisch und nachhaltig zu bewirtschaften gilt. Die Wald- und Forstwirtschaft sowie die Waldbesitzer und Forstmitarbeiter leisten einen großen gesellschaftlichen Beitrag in Brandenburg. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die Vielfalt und den großen ökologischen und ökonomischen Nutzen unserer Wälder zu erhalten. Um auch in Zukunft die Leistungs- und Arbeitsfähigkeit des Landesbetriebes Forst Brandenburg zu sichern, unterstützen wir die Forderung nach einer Aufgabenkritik. Eine eigenständige Forstverwaltung ist für uns unerlässlich. Ein Verkauf des Landeswaldes und die weitere Herausnahme von Landesforstflächen aus der Bewirtschaftung lehnen wir ab.

Natur und Artenschutz im Einklang

Wir wollen die Interessen der Land-, Forst-, und Fischereiwirtschaft sowie der Jäger gleichberechtigt mit Natur- und Artenschutz behandeln. Dazu gehört nicht nur der finanzielle Ausgleich für verursachte Schäden, sondern auch die Unterstützung für präventive Maßnahmen, wie beispielsweise die Anschaffung von speziellen Herdenschutzhunden für Schaf- und Ziegenhalter.

Tierschutz

Für uns gehören Tierschutz und artgerechte Haltung zum Bild gewerblicher und privater Tierhaltung. Deshalb wollen wir einen Tierschutzbeauftragten der Landesregierung, der dafür Sorge trägt, dass die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten auch konsequent angewendet werden. Der Tierschutz soll dadurch einen höheren Stellenwert erhalten.

III. Mit Sicherheit besser leben

Recht und Ordnung sind Kernaufgaben des Staates. Nur wenn die Brandenburger nicht in ständiger Sorge um ihr Haus, ihre Wohnung, ihr Auto oder ihre ganz persönliche Sicherheit sind, können sie unbeschwert arbeiten und leben. Dieses Sicherheitsgefühl hat in den vergangenen Jahren stark gelitten, denn insbesondere die Diebstahls- und Einbruchskriminalität hat erschreckend zugenommen. Mehr Straftaten und Verbrechen müssen von immer weniger Polizisten bewältigt werden. In fünf Jahren hat es die rot-rote Landesregierung nicht geschafft, eine erfolgreiche Polizeireform auf den Weg zu bringen. Stattdessen wurde mit Personalzahlen jongliert und mit verschiedenen Maßnahmen experimentiert. Der Tiefpunkt war der Versuch der Landesregierung, die Kriminalstatistik zu manipulieren.

Die CDU steht für ein sicheres Brandenburg, in dem sich politische Entscheidungen an den Realitäten im Land und an den Bedürfnissen der Bürger orientieren. Für die Polizei sind wir ein verlässlicher Partner, der für Planungssicherheit steht.

Polizeireform

Die Polizeireform der Landesregierung ist gescheitert. Weil eine weitere Verringerung des Personalbestands vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage nicht zu verantworten ist, stoppen wir den geplanten Personalabbau. Das heißt, mit der CDU gibt es in Brandenburg mindestens 8000 Polizisten. Mit dem dauerhaften Einsatz von 100 zusätzlichen Polizeibeamten in den Grenzregionen werden wir vor Ort schnell für mehr Sicherheit sorgen. Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme muss entschieden werden, wie viele Polizisten und welche Ausrüstung für ein sicheres Brandenburg notwendig sind. Unabhängig davon werden wir dafür Sorge tragen, dass jährlich mindestens 300 neue Polizisten ausgebildet und in den Polizeidienst des Landes Brandenburg übernommen werden. Wir wollen eine spezielle kriminalistische Ausbildung bei der Brandenburger Polizei einführen und der stetig steigenden Internet-Kriminalität mit qualifiziertem Personal begegnen.

Polizeistandorte erhalten – Polizeipräsenz stärken

Mit der CDU bleiben alle Polizeireviere in Brandenburg rund um die Uhr geöffnet. Wir werden den Wach- und Wechseldienst stärken und damit für mehr Polizeipräsenz auf der Straße sorgen.

Länderübergreifende Zusammenarbeit

Die Kooperation von Polizei und Staatsanwaltschaft werden wir durch einen verstärkten Einsatz von gemeinsamen Ermittlungsgruppen intensivieren. Die Zusammenarbeit mit nationalen, europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden werden wir weiterentwickeln.

Justiz

Ein handlungsfähiger Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Jeder Brandenburger hat das Recht auf ein zügiges Verfahren. Dass hier großer Handlungsbedarf besteht, zeigen die langen Verfahren bei Gerichten. Gerade in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit ist die Lage dramatisch, hier ist Brandenburg noch immer bundesweit eines der Schlusslichter. Mit langfristigen Personalentwicklungskonzepten und veränderten Schwerpunktsetzungen im Justizbereich setzen wir uns mit Nachdruck für schnellere Verfahren ein. Außerdem wollen wir Musterklageverfahren einführen, die die Möglichkeit schaffen, einen kollektiven Rechtsschutz geltend zu machen. Die Zusammenarbeit mit Berlin muss in der Rechtspolitik auf ein neues Fundament gestellt werden.

Opferschutz vor Täterschutz

Für uns gilt ein klarer Grundsatz: Opferschutz geht vor Täterschutz. Die berechtigten Erwartungen der Menschen, wirkungsvoll vor gefährlichen Schwerverbrechern geschützt zu werden, haben klaren Vorrang vor dem fragwürdigen Anspruch, den täterfreundlichsten Justizvollzug der Bundesrepublik zu schaffen. Für die Opfer von Straftaten soll es neben einem flächendeckenden Beratungs- und Hilfsnetz auch Traumaambulanzen geben.

Verfassungsschutz

Auch der Verfassungsschutz hat in Brandenburg eine außerordentlich wichtige Funktion bei der Bekämpfung von Extremismus und politisch motivierter Gewalt. Deshalb wird es mit der CDU keinen weiteren Personalabbau in diesem Bereich geben.

Feuerwehr

Für einen leistungsfähigen Brand- und Katastrophenschutz ist die Einsatzbereitschaft und -fähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren und der Helfer des Katastrophenschutzes unverzichtbar. Deshalb wollen wir neue Anreize für den dringend benötigten Nachwuchs schaffen und die Bedingungen für die ehrenamtlich tätigen Kameradinnen und Kameraden verbessern – beispielsweise durch die finanzielle Unterstützung von Führerschein zum Fahren von Einsatzfahrzeugen. Wir setzen uns darüber hinaus für eine bessere Absicherung der Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren bei Erwerbsausfall nach Unfällen ein.

Hochwasserschutz

Die immer kürzeren Zeitabstände zwischen bedrohlichen Hochwassersituationen haben den Handlungsbedarf schonungslos aufgezeigt. Besonders bei kleineren und mittleren Flüssen in Brandenburg sowie ihren Nebenflüssen gibt es noch viele Schwachstellen. An der Schwarzen Elster, der Spree oder der Havel wurde bisher zwar viel über Hochwasserschutz gesprochen, aber kaum etwas umgesetzt. Wir werden mit Nachdruck dafür sorgen, dass die vorliegenden Pläne zur Deichsanierung und zum vorbeugenden Hochwasserschutz schnellstmöglich in die Praxis umgesetzt werden und das erforderliche Personal im Landesumweltamt bereitgestellt wird.

IV. Wissen schafft Chancen

Jeder Mensch hat eigene Begabungen und Fähigkeiten. Diese Individualität bietet viele Chancen und Möglichkeiten. Sie stellt aber zugleich auch die Herausforderung, unseren Kindern entsprechend ihrer Fähigkeiten optimale Bildungswege zu eröffnen. Das Leistungsprinzip ist der beste Weg, um den Erfolg unabhängig von der familiären Situation zu ermöglichen.

Deshalb setzt die CDU auf ein durchlässiges Bildungssystem, in dem klare Leistungs- und Qualitätsstandards gelten. Alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Situation, sollen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen und selbstbestimmten Bildungs- und Lebensweg erhalten. Dabei sind Kontinuität und Verlässlichkeit entscheidende Faktoren für dauerhaften Bildungserfolg.

Schulfrieden

Die bestehende Schulstruktur wollen wir erhalten. Grundschulen, Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Förderschulen bleiben in der bisherigen Form bestehen. Wir stehen für Qualitätsverbesserungen und führen keine Strukturdebatten. Schulfrieden bedeutet demzufolge auch eine unmissverständliche Absage an eine Einheitsschule. Für die CDU Brandenburg bleibt das Gymnasium ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildungslandschaft.

Eine Lesefibel für alle – richtig Schreiben lernen

Der korrekte Umgang mit der deutschen Sprache ist die grundlegende Voraussetzung, um erfolgreich am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Rechtschreib-Experimente wird es mit der CDU nicht mehr geben. Wir werden dafür sorgen, dass jeder Grundschüler kostenlos die gleiche Lesefibel erhält, nach dieser lernt und Fehler durch die Lehrer korrigiert werden.

Investitionen in Bildung - Unterricht garantieren

Fördern und fordern beginnt nicht erst in der Schule, sondern in den Familien, in Kitas oder bei Tagesmüttern. Deshalb wollen wir bereits an dieser Stelle unterstützen und fördern, ohne zu bevormunden. Wir wollen dafür sorgen, dass die Qualität in unseren Kitas verbessert wird. Das erreichen wir mit einer besseren Personalsituation. Im Krippenbereich soll eine Erzieherin nicht mehr als 5 Kinder und im Kitabereich nicht mehr als 11 Kinder betreuen.

Mit einer langfristigen und vorausschauenden Personalplanung wollen wir verhindern, dass viele Schulen in Planungsschwierigkeiten geraten und das Land kurzfristig öffentlichkeitswirksame Anwerbeaktionen starten muss. Jeden ausgeschiedenen Lehrer werden wir 1:1 ersetzen und den akuten Lehrermangel durch Zugangserleichterungen und eine Qualifizierungsoffensive für Quereinsteiger abfedern.

Das beste Unterrichtskonzept ist wertlos, wenn der Unterricht gar nicht stattfindet. In Brandenburg fielen im Schuljahr 2012/2013 weit über eine Million Unterrichtsstunden aus oder wurden nicht wie geplant erteilt. Deshalb wollen wir die Vertretungsreserve weiter erhöhen und damit eine Unterrichtsgarantie aussprechen. Für diese Maßnahmen werden wir einen jährlichen Bildungszuschuss in Höhe von 100 Millionen Euro bereitstellen. Jeweils 50 Millionen stehen somit zur Verbesserung der Personalsituation in den Kitas und bei den Lehrern zur Verfügung. Damit erhält jede Schule in Brandenburg im Schnitt mindestens einen zusätzlichen Lehrer.

Freie Schulen

Freie Schulträger beleben nicht nur den Innovations- und Qualitätswettbewerb im Bildungswesen, sondern sie verdichten das Bildungsnetz. Das Grundrecht, Schulen in freier Trägerschaft zu gründen und zu betreiben, darf nicht durch eine finanzielle Schlechterstellung eingeschränkt werden. Für die CDU sind freie Schulen gleichberechtigt. Die vorgenommenen Kürzungen für den Bereich der freien Schulen müssen zurückgenommen werden.

Eigenständigkeit stärken

Wir wollen den Schulen eine größere Eigenständigkeit geben: Ein eigenes Budget zur Bewirtschaftung, Entscheidungsfreiheit über Lehrerfortbildungen oder größere Mitwirkungsrechte und -pflichten der Schulkonferenz in der Schulgestaltung sind dafür wichtige Ansatzpunkte. Dazu gehört es auch, die Mitwirkungsrechte der Eltern zu stärken und diese stärker in Entscheidungen einzubeziehen.

Deutschlandabitur

Wir wollen die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen verbessern. Deshalb streben wir ein Deutschlandabitur an. Ein leistungsorientiertes Bildungssystem muss sich dabei am hohen Niveau der Länder orientieren, die in Leistungsvergleichen fortwährend sehr gut abschneiden.

Religionsunterricht

Wer Toleranz und Offenheit leben will, der muss um die eigenen christlichen Wurzeln, aber auch um andere Glaubens- und Lebenseinstellungen wissen. Den Religionsunterricht, der in Brandenburg immer größeren Anklang findet, wollen wir fördern und unterstützen.

Kooperation mit dem Bund stärken – Inklusion richtig machen

Wir unterstützen die stärkere Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich. In diesem Zusammenhang sollen finanzielle Unterstützungen des Bundes für zielgerichtete Verbesserungen inklusiver Bildungsangebote eingesetzt werden. Diese Zusammenarbeit soll auch zu einheitlichen und vergleichbaren Qualitätsstandards für alle Länder führen.

Hochschulen brauchen Vertrauen und Sicherheit

Die CDU will in den nächsten Jahren eine Hochschulpolitik mit und nicht gegen die Universitäten und Fachhochschulen umsetzen und Vertrauen zurückgewinnen. Einen Eingriff in die Hochschulautonomie wie bei der BTU Cottbus und Fachhochschule Senftenberg wird es mit der CDU Brandenburg nicht geben. Wir wollen die Stärkung der Selbstständigkeit sowie vor allem eine langfristige finanzielle und strukturelle Planungssicherheit. Unsere Universtäten und Fachhochschulen sollen sich zu exzellenten und international vernetzten Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen weiterentwickeln. Wir werden sie dabei unterstützen, enge Verbindungen zur heimischen Wirtschaft und zu den umliegenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu knüpfen. Wir werden darauf hinwirken, dass Studienabschlüsse im Rahmen der vorgesehenen Regelstudienzeit erreicht werden. Wir werden die Verbindungen von Wissenschaft und Forschung zur heimischen Wirtschaft fördern und ausbauen, die Familienfreundlichkeit verbessern und die Selbstverwaltungsrechte stärken.

Um den Bedürfnissen der regionalen Unternehmen nach qualifizierten Fachkräften besser Rechnung zu tragen, werden wir mit den Brandenburger Hochschulen in den Ingenieurfächern vermehrt duale Studiengänge entwickeln.

Sorben und Wenden

Die Pflege und Förderung der sorbisch-wendischen Sprache und Kultur ist uns ein wichtiges Anliegen. Insbesondere die Ausgestaltung des Witaj-Projektes muss weiterentwickelt werden.

Kultur und Medien

Museen, Ausstellungen, Musik- und Kunstschulen, Bibliotheken, Orchester, Theater, Gedenkstätten und Kreativzentren sind wichtige Säulen einer Gesellschaft. Ihre Unterstützung und Förderung sind unerlässlich. Wir nehmen diese Verantwortung ernst. Kultur und Medien sind auch ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Wir werden die Medienwirtschaft als wichtige Säule der Kreativwirtschaft stärken und den Medienstandort Babelsberg weiterhin unterstützen.

Denkmalschutz

Die nachhaltige Substanzsicherung des Denkmalbestandes unserer Kulturlandschaft erfordert die Gründung einer Stiftung für Denkmalpflege mit einer unmittelbaren Anbindung an das Landesamt für Denkmalpflege.

Kulturelle Bildung, Kunst- und Musikschulen

Kulturelle Bildung trägt identitätsstiftend dazu bei die Traditionen und Bräuche Brandenburgs zu bewahren. Bildung darf sich deshalb nicht nur auf eine rationale Vermittlung musischer und künstlerischer Fähigkeiten beschränken.

Das Projekt „Klasse Musik“ hat sich außerordentlich bewährt und ist vielerorts auch direkte Nachwuchsgewinnung. Es sollte dringend durch ein Projekt „Klasse Kunst“ erweitert und finanziell deutlich aufgestockt werden. Wir wollen ein Anreizsystem für Spitzenleistungen in nationalen und internationalen Wettbewerben etablieren und ein Stipendiensystem zur Förderung außergewöhnlicher Begabungen bei Kindern und Jugendlichen, deren Eltern die Kosten nicht oder schwer selbst tragen können.

V. Verantwortung für das Leben

Wir wollen ein soziales Brandenburg. Der Staat kann jedoch keineswegs alle Probleme lösen, sondern muss Rahmenbedingungen setzen und unterstützen. Ein Schwerpunkt unserer Politik ist die Familie. Sie ist für die meisten Menschen Lebensmittelpunkt und wichtigster Rückzugsort. Sie ist seit jeher Kern unserer Gesellschaft und bietet Kindern und Erwachsenen Sicherheit, Unterstützung und Geborgenheit.

Kinderschutz

Kinderschutz beginnt bereits vor der Geburt. Deshalb unterstützen wir die Maßnahmen der Bundesregierung zur vertraulichen Geburt. Frauen benötigen einen Ansprechpartner. Die bundesweite Hotline muss intensiv beworben und bekanntgemacht werden.

Der Schutz der Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung ist niemals gut genug. Unser Ziel ist ein Kinderschutzgesetz für Brandenburg, das einheitliche Standards festschreibt und bereits vorhandene Maßnahmen und Strukturen zusammenführt und weiterentwickelt. Seit Jahren fordern wir eine landesweite Kinderschutzhotline, die sich in anderen Bundesländern als sehr wirksam erwiesen hat und dringend umgesetzt werden muss. Wir wollen eine Kinderkommission beim Landtag, um die Interessen der Kinder auch im Parlament dauerhaft zu vertreten.

Hebammen

Hebammen stehen den Familien vor, während und nach der Geburt mit Rat und Tat zur Seite. Wir setzen uns für rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen ein, welche die Hebammen in ihrer Berufsausübung unterstützen. Insbesondere Familienhebammen sollen künftig auch in bereits vorhandene Beratungsangebote einbezogen werden. Wir unterstützen Ideen und Vorschläge, die eine Haftungsbeschränkung in Höhe und Dauer festlegen.

Leistungen für Familien

Wir wollen Familien in Brandenburg wirkungsvoll unterstützen. Deshalb werden wir die Leistungen für Familien auf den Prüfstand stellen, damit das Geld auch dort ankommt, wo es gebraucht wird. Dabei soll geprüft werden, inwieweit eine Kopplung familienpolitischer Maßnahmen an die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und Bildungsangeboten für Kinder möglich ist.

Senioren

Wir wollen die Bereitschaft der älteren Generation fördern, ihre Kompetenz und Lebenserfahrung in die Gesellschaft einzubringen. Dabei gilt es, neue Formen eines längeren Arbeitslebens und freiwilliges ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. Es ist unser Ziel, älteren Menschen möglichst lange ein Leben in ihrem eigenen und selbstbestimmten Umfeld zu ermöglichen. Deshalb unterstützen wir altersgerechte neue Wohnformen und wohnortnahe qualitätsgerechte Gesundheits-, Pflege- und Versorgungsangebote.

Die Generationen unserer Eltern und Großeltern haben viel geleistet. Dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung. Wir setzen uns deshalb für eine bundesweite Angleichung der Renten ein und wollen in der anstehenden Wahlperiode – gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bundesländern – eine Initiative zur Angleichung auf den Weg bringen.

Wir begrüßen die auf Initiative der CDU eingeführte Mütterrente der Bundesregierung, weil damit die Verdienste der Mütter für ein intaktes Familienleben als Lebensleistung gewürdigt werden.

Integration von Menschen mit Behinderungen

Für Menschen mit Behinderungen müssen die bestmöglichen Bedingungen geschaffen werden. Sie haben das Bedürfnis und das Recht gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit sollen durch die Integration in den Arbeitsmarkt und Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, im ÖPNV und insbesondere bei Arztpraxen und Physiotherapien weiter ausgebaut beziehungsweise deren Ausbau gefördert werden.

Ehrenamt und Sport

Untrennbar mit dem Zusammenhalt einer Gesellschaft ist das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen verbunden. Über Anerkennung und Würdigung hinaus wollen wir die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten weiter verbessern. Konkret werden wir einen Ehrenamtsfonds einrichten, aus dem die Landkreise und kreisfreien Städte ausgewählte Projekte auf ehrenamtlicher Basis finanziell unterstützen können. Jeder Landkreis beziehungsweise jede kreisfreie Stadt soll dafür jährlich 100.000 Euro erhalten.

Die Mitgliederzahlen der Sportvereine haben sich erfreulicherweise positiv entwickelt. Diesem Trend tragen wir Rechnung und werden mindestens den Erhalt des aktuellen Niveaus der Sportförderung gewährleisten. Die Möglichkeit, ein freiwilliges soziales Jahr im Sport zu absolvieren, kann den Breitensport in Brandenburg weiter voranbringen. In enger Zusammenarbeit mit dem Landessportbund werden wir einen Schwerpunkt auf den Erhalt der vorhandenen Sportstätten legen und ein entsprechendes Investitionsprogramm mit einem jährlichen Volumen in Höhe von zwei Millionen Euro auflegen.

Geschichte und Verantwortung

Die Verbrechen der NS-Diktatur und die Schrecken des Holocaust müssen der heutigen und den kommenden Generationen vermittelt und bewusst gemacht werden. Dafür ist die erfolgreiche Arbeit der Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern fortzusetzen.

Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution gibt es noch offene oder unzureichend geklärte Fragen, die mit der SED-Diktatur, der Wiedervereinigung und den Anpassungsprozessen in Brandenburg zusammenhängen. Die Enquetekommission zur Aufarbeitung dieser Probleme hat in Ihrem Abschlussbericht viele sinnvolle Anregungen erarbeitet. Wir werden die ausgesprochenen Handlungsempfehlungen berücksichtigen und in konkretes politisches Handeln umsetzen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass im Schulunterricht bei der Wissensvermittlung die Unterscheidung von Diktatur und Demokratie und die Aufarbeitung unserer Geschichte einen hohen Stellenwert erhalten.

Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen. Die Eingliederung der Aussiedler in Brandenburg bleibt eine fortwährende Aufgabe.